

Die Faustschläge von Kauder und Struck...

Für die vielen Opfer der SED/DDR Diktatur hatten, stellvertretend für die Koalition von Union und SPD, Volker Kauder und Peter Struck, symbolisch nur einen Faustschlag übrig. Autsch! Wie hätten die vielen Opfer der Nazizeit reagieren mögen, wenn Ihnen so Unverholten gesagt würde, der Terror unter Adolf Hitler in den KZ ist uns nur eine erweiterte Sozialhilfezahlung der Mittellosen wert? Wie erbärmlich stehen die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland jetzt in der Weltöffentlichkeit da? Müssen nun die Toten der Nazizeit und die der SBZ/DDR Diktatur penibel aufgerechnet werden? Lautstark werden neue Fragen erörtert werden müssen! Wird der Bluttausch der Täter in der SED/DDR Diktatur von der Bundesregierung honoriert? Sie hatte es in der Hand, die schreckliche Tortur der Opfer zu lindern. Insofern macht sie sich hoffentlich nicht mit Mauer-Mördern gemein? Die Volksvertreter können sich mit dieser Mogelpackung nicht davon schleichen. Und mit Verlaub, jeder Tote ist ein Toter zuviel!

Wie wird nun denen zumute sein, die ihre Toten durch Ulbricht, Honecker, Mielke & Co zu beklagen haben? Wie denen, die Haftstrafen in den Zuchthäusern der DDR absaßen, durch Folter seelisch und physisch so zugerichtet wurden, dass sie, ähnlich derer die wegen ihrer unermüdlichen Überzeugung zur Demokratie, einer permanenten Verfolgung durch Honeckers Stasibüttel ausgesetzt waren? Die Hunderttausende, die wahrhaftigen Streiter für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurden jetzt von der Gerechtigkeit besiegt. Kaum vorstellbar das dieses Signal doch unmissverständlich die folgende Aussage trifft. Zivilcourage lohnt sich nicht und wird letztendlich bitter böse bestraft. Das eine demokratische Regierung zutiefst, so herzlos und brutal gegen ihre Befürworter vorgeht, lässt für die Zukunft nichts Gutes mehr erahnen.

In der Tat muss man der Regierung ab heute den Willen absprechen, die Opfer der SED/DDR Diktatur wirklich gerecht entschädigen zu wollen, ihnen ihre wohl verdiente Würdigung zu kommen zu lassen. Fatal fatal! Ob die Bundeskanzlerin die Kraft aufbringt, ihre Koalition auf Kurs zu bringen darf bezweifelt werden. Diese Schwäche verheißt vielleicht schon das Ende der Ära Merkel? Gespannt kann man sein, wie viel der Legislaturperiode noch verstreichen? Und vor allem, was kommt dann? Die Botschaften die unters Volk getragen werden, heißen insbesondere „Ungerechtigkeit“. Hierzu passt auch das Urteil gegen Hartz, und die Bezeichnung Hartz VI. Eben „Ungerechtigkeit“. Wenn die Regierung Sozialhilfeempfänger zu Hartz VI Empfänger „abstuf“, also mit dem Namen eines Vorbestraften zielt, müsste langsam auch der letzte politisch Verfolgte Häftling der SED/DDR Diktatur wach geworden sein!

Demokratische Mittel haben den Opfern der SED/DDR Diktatur keine Würdigung beschert. Einige Opferverbände, von jeher Objekt der Begierde der Stasi, verfolgt man Diskussionen in einschlägigen Internetforen, gleichen einem riesigen Hohlkörper, völlig unterwandert, vom Stasi auf Korrektur gebracht. Satzungen geändert, und Tätern sogar offiziell die Mitgliedschaft geëbnet. Ein Opferverein, und die Schläger von einst reden da nun mit. Eine merkwürdige Konstellation, denn unter den Opfern befinden sich auch Tote, und deren Mörder ab jetzt mit an Bord...

Wie beharrlich, so div. Internetforen, die Bundesvorstände schweigen, den Opfern Auskünfte verweigern, lässt den Sumpf von Stasi selbst ohne Phantasie

lebendig werden. Und hat sich die Stasi schon frühzeitig um die Opfervereine „gekümmert“, wird unweigerlich die Vermutung geschlossen, die Opfer haben keine Lobby. Da wird denunziert, bedroht, erpresst, gegeneinander gearbeitet, zersetzt, gelogen und betrogen... Es kann sich hier nur um „Einschleusung“ der Stasi handeln.

Große Hoffnung UOKG...

Die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG), der Dachverband aller Opferverbände, ist die nun noch mögliche Lösung.

Die Kriterien der Mitgliedschaft der Vereine muss schnellstens verändert werden! Jedes Mitglied eines Vereines muss eine Rehabilitationsbescheinigung und eine Überprüfung auf Stasitätigkeit vorlegen! Mitglieder haben dies in einer angemessenen Frist unverzüglich nachzuholen! Neu Eintritte legen diese Bescheinigungen mit dem Mitgliedsantrag vor! Solange ein Verein diese Kriterien noch nicht erfüllt hat, liegt die Mitgliedschaft in der UOKG auf Eis! Alle Bescheinigungen werden auf Anfrage mitgeteilt oder gleich ins Internet gestellt. Das wäre zugleich eine beeindruckende Szene, diese Bescheinigungen, Listen des SED/DDR Terrors.

Die UOKG muss sofort eine pressewirksame Protestnote formulieren! Das gesamte Gesetz darf so nicht in das Gesetzgebungsverfahren! Die Opferrente muss alle Opfer erreichen!

Das Thema muss ständig in den Medien behandelt werden!

Arbeitet endlich als das was wir sind! Haftkameraden!

Freundlichst der
stasiopferfuchs

Weiterleiten erwünscht!

Quelle: www.stasiopferinfo.de